

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 5

Artikel: Notruf aus Rumänien - Warnsignale aus Ungarn : die alte Frage der Magyaren aus Siebenbürgen erhält neue Akzente
Autor: Kiraly, Karoly
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094090>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die alte Frage der Magyaren aus Siebenbürgen erhält neue Akzente

Notruf aus Rumänien — Warnsignale aus Ungarn

Die Frage der ungarischen Minderheit in Rumänien scheint wiederum politisches Traktandum zu werden. Sie ist zu Jahresbeginn in der ungarischen Presse — unadressiert, aber unmissverständlich — aufgegriffen worden, und sie hat vor Monatsfrist ein neues Echo gefunden, als ein Dokument aus Siebenbürgen (Hauptsiedlungsgebiet der Magyaren in Rumänien) ins Ausland gelangte.

Es handelt sich um einen Brief, den Karoly Kiraly, ein loyaler KP-Angehöriger der «falschen» Nationalität, im Herbst letzten Jahres an die Bukarester Parteiführung schrieb. Er berichtete über eine Verschlechterung der Lage

für die Ungarn. Sein eigener Fall scheint ihm recht zu geben. Nachdem sein Schreiben Ende Januar im Westen bekannt und mindestens auszugswise veröffentlicht worden war, zitierte man ihn von Tirgu Mures nach Bukarest. Dort legte man ihm nahe, sich vom Text zu distanzieren und ihn als Machwerk von CIA und RFE zu bezeichnen. Er lehnte ab. Man hat ihm seither einen Zwangsaufenthalt auf dem Land zugewiesen und bereitet seinen Ausschluss aus der Partei vor. Inzwischen scheint sich eine Sympathisantengruppe gebildet zu haben, und sowohl in Tirgu Mures als auch anderswo sucht die Polizei in Hausdurchsuchungen nach Belastungsmaterial.

Das Dokument

An den Genossen
Janos Vincze
Mitglied des Zentralkomitees
der Rumänischen Kommunistischen
Partei
Bukarest

Lieber Freund,

In Angst und Sorge wende ich mich an Sie, um darüber zu berichten, auf welche Art und Weise in unserem Land die Frage der nationalen Minderheiten behandelt wird und unter welchen Bedingungen die Nationalitätenräte der Werktätigen sowohl auf Landes- als auch auf Komiteebene ihre Arbeit verrichten.

Mit tiefer Enttäuschung nahm ich zur Kenntnis, dass ich nicht empfangen wurde und auf mein Schreiben keine Antwort erhielt.

Einige meiner Gedanken und Grübeleien über diesen Fragenkomplex möchte ich nun mit Ihnen teilen.

Als erstes Problem erwähne ich die Arbeit der Nationalitätenräte, d. h. die Art und Weise, wie sie ihre Tätigkeit ausüben. Bekanntlich haben Millionen von Werktätigen verschiedener Nationalität unseres Landes den schon vor 10 Jahren

angenommenen Parteibeschluss betreffend die Errichtung dieser Räte mit Genugtuung und Freude begrüsst. Sie erblickten darin eine gründlich überlegte, auf die Bewahrung der nationalen Existenz hinielende Tat, einen organisatorischen Rahmen, in dem sie ihre Sorgen und Kümernisse zum Ausdruck bringen können und der geeignet ist, die Entwicklung ihres gesellschaftlichen, materiellen und geistigen Lebens zu fördern.

Obschon sich sowohl der organisatorische Aufbau als auch das Geschäftsreglement von Anfang an als ungenügend und zu eng erwiesen, machten sich in der Tätigkeit der Räte dennoch ermunternde und anspornende Zeichen bemerkbar. An den Sitzungen konnte man frei und offen verhandeln, nicht wenigen der vielen Vorschläge wurde Gehör geschenkt; es gab auch einige Plenarsitzungen, an welchen Genosse Ceausescu, Genosse Maurer u. a. teilnahmen. Ein lebhaftes Echo und freudige Zustimmung löste jene Rede des Genossen Ceausescu aus, die er an der gemeinsamen Plenarsitzung der Nationalitätenräte im Frühjahr 1971 gehalten hatte. Leider waren Zufriedenheit und Hoffnung von kurzer Dauer.

In der Praxis erwies es sich, dass diese schönen Reden, die viele wichtige Grundsätze enthielten, nicht für uns bestimmt waren, sondern propagandistischen Zwecken dienten, insbesondere für das Ausland.

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass die Wahrheit dann Gültigkeit hat, wenn sie sich

als lebensfähig erweist und sich in der Harmonie von Worten und Taten offenbart. Wir müssen jedoch feststellen, dass zwischen Theorie und Praxis eine tiefe Kluft besteht, tatsächlich sagt man eines und tut etwas ganz anderes.

Man versprach uns Fachmittelschulen und Technika, in denen der Unterricht in der Muttersprache der nationalen Minderheiten erfolgen würde. In Wirklichkeit sind wir Zeugen der zahlenmässigen Reduzierung dieser Schulen; ihre Anzahl sinkt von Jahr zu Jahr. Die Kinder dürfen nicht in ihrer Muttersprache lernen, und der obligatorische Unterricht in rumänischer Sprache wurde selbst in den Kindergärten eingeführt. 1976 wurde ein Beschluss über die Liquidierung der ungarischsprachigen Hochschulen verabschiedet. Der Schliessung der «Bolyai»-Universität in Klausenburg folgte die Liquidierung des Medizinischen und Pharmazeutischen Institutes in Tirgu Mures (deutsch: Neumarkt — ungarisch Marosvarhely). Dann wurde an der Hochschule für Schauspielkunst «Istvan Szentgyörgyi» aufgrund eines höheren Beschlusses eine rumänischsprachige Sektion errichtet, wodurch praktisch das letzte «Inselchen» des höheren Unterrichts in der Muttersprache liquidiert war. Und damit kein Zweifel aufkomme: von den sechs Absolventen in diesem Jahr wurde nur ein einziger beim ungarischen Theater angestellt, die übrigen fünf erhielten nolens-volens Stellen bei rumänischsprachigen Theatern.

Übrigens ist es kein Geheimnis, dass selbst der Direktor des staatlichen ungarischen Theaters

in Tirgu Mures ein Rumäne ist, der kein Wort ungarisch spricht. Es ist ebenfalls bekannt, dass in Städten, in denen die Ungarn die Mehrheit bilden, wie Oradea (Grosswardein — Nagyvarad), Tirgu Mures (Neumarkt — Marosvasarhely), Szovata, usw. rumänische Bürgermeister ernannt werden, welche die ungarische Sprache nicht beherrschen.

Der Gebrauch der Muttersprache an den Partei-, Jugend- und Gewerkschaftsversammlungen sowie in den verschiedenen Gremien der Werktätigen ist vollständig eingeschränkt, nicht einmal an den Sitzungen der Nationalitätenräte ist es gestattet, die Muttersprache zu benutzen.

Die Bezeichnung von Institutionen, Ortschaften in der Muttersprache der ansässigen Bevölkerung ist vollständig verschwunden. Im Komitat Kovaszna wurden 1971, als ich erster Sekretär war, aufgrund eines Beschlusses des Volksrates zweisprachige Ortstafeln — in rumänischer und ungarischer Sprache — aufgestellt. Sie wurden aber bald entfernt, und 1975 gab es keine ungarischen Aufschriften mehr.

Die nationalen Minderheiten können ihre Muttersprache in den öffentlichen Aemtern nicht benutzen. Die Beamten sind ja mehrheitlich Rumänen, welche die Sprache der Minderheit nicht sprechen, entweder weil sie diese nicht kennen, oder weil sie deren Gebrauch ablehnen.

Nun einige Worte zum Thema Personalpolitik: Mit ungeheurer Beharrlichkeit werden Beamte ungarischer Muttersprache (wo es solche noch

gibt) durch Rumänen ersetzt. Dies gilt sowohl für den politisch-administrativen Apparat als auch für die verschiedenen wirtschaftlichen Unternehmen. In den Betrieben «I.P.L. 23. August» und im Kombinat der Chemischen Industrie in Tirgu Mures, um nur zwei Beispiele zu erwähnen, gibt es keinen einzigen Direktor oder stellvertretenden Direktor ungarischer Herkunft, obwohl vorher Vorkehrungen getroffen worden waren «zur Verbesserung der nationalen Zusammensetzung des Personals». Städte wie Oradea (Grosswardein — Nagyvarad), wo es keinen einzigen Parteisekretär ungarischer Herkunft gibt, kommen erst noch dazu.

Daraus ist ersichtlich, dass eine Vielzahl von Tatsachen im Widerspruch steht zur Verfassung, zu den Parteistatuten sowie zu den Grundsätzen, die in den Parteidokumenten enthalten sind. Was hier praktiziert wird, stimmt mit diesen Prinzipien nicht überein, ja es widerspricht ihnen vollkommen und hat weder mit dem Marxismus-Leninismus noch mit den Menschenrechten und Grundfreiheiten, mit Humanität, Ethik und Menschenwürde etwas zu tun, d. h. mit all den Begriffen, die von der Propaganda in verschiedenster Form ausposaunt werden.

Viele Fragen stellen sich, auf die es nicht schwerfällt, eine Antwort zu finden. Schwer ist es jedoch zu verstehen, wem diese Zustände nützen.

Tragen die geschilderten Massnahmen zur Einheit und Brüderlichkeit der Werktätigen unserer Heimat bei? Soll das nicht als Politik der nationalistischen Hetze bezeichnet werden? Es kann nur eine Antwort geben: Diese Politik nützt weder dem rumänischen Volk noch den mit ihm in derselben Heimat lebenden nationalen Minderheiten.

Ist die aus der Geschichte gezogene Lehre, dass kein Volk frei sein kann, welches andere Völker unterdrückt, so schnell in Vergessenheit geraten? Praxis und Geschichte mahnen uns: Einschränkende, repressive Massnahmen sind nicht geeignet, Probleme zu lösen.

Die Tendenz zur Zwangsassimilierung der in Rumänien lebenden nationalen Minderheiten ist ab und zu — das kann man nicht leugnen — sogar der Presse zu entnehmen. Dies erweckt tiefes Misstrauen bezüglich der Aufrichtigkeit der Nationalitätenpolitik und zerstört das Vertrauen von Millionen in die sozialistische Gesellschaft.

Was mich zurzeit am meisten beschäftigt, ist die Sturheit, mit der unsere Parteiorgane — von der untersten bis zur höchsten Ebene — dieses Problem verdrängen. Sie täuschen uns vor, darüber keine Kenntnisse zu haben. Die Versuche, die ich und andere unternommen haben, um die Aufmerksamkeit auf diese Probleme zu lenken, sind bisher erfolglos geblieben. Die Lage verschlimmert sich ständig, wodurch sowohl unsere Partei als auch unsere Gesellschaft an Prestige einbüßen.

Erfüllt von tiefem Verantwortungsbewusstsein richte ich mein Schreiben an Sie. Ich bin einer jener Kommunisten, die von der Wahrheit unserer Ideen überzeugt sind und daran glauben. Für diese Ideale kämpfte ich seit meiner frühen Jugend und später als Mitglied der höchsten Partei- und Staatsführung.

Die Nationalitätenfrage ist der Prüfstein der Demokratie und der demokratischen Gesinnung der gesamten Gesellschaft. Wenn diese Frage bloss mit Worten gelöst wird, in der Praxis aber nicht oder in ungerechter Weise, so kann keine

Demokratie existieren, und die neue Gesellschaft, der Sozialismus, wonach wir alle streben, lässt sich nicht aufbauen.

Es ist die Pflicht unserer höchsten Parteileitung, diese Probleme einer ernststen Analyse zu unterwerfen. Wollte sie die Erfüllung dieser Pflicht versäumen, so würde sie damit die Existenz der Demokratie innerhalb unserer Partei und unserer Gesellschaft in Frage stellen.

Die Gesellschaft selbst ist nicht schlecht; das sozialistische System selbst brauchen wir für die Fehler nicht verantwortlich zu machen, bloss die Methodik der Führung. Wir müssen jene grossen Fehler blossstellen, die in der Auslegung des Marxismus-Leninismus und in der Anwendung der von unserer Partei vorgesehenen Grundsätze begangen werden. Wir müssen auf eine Politik verzichten, die auf Demagogie und Personenkult basiert, sowie auf die willkürliche Auslegung des Marxismus. Nur so können wir den Prinzipien der Gerechtigkeit und der Demokratie entsprechend all jene Probleme lösen, die in unserer sozialistischen Gesellschaft vom Leben gestellt wurden.

Wie bereits bewiesen, führte der Personenkult nie und nirgends zu guten Resultaten. Im Gegenteil: Er wurde zur Quelle von Schmerz und Leiden, er führte zu Machtmissbrauch und Ueberschreitungen. Von den breiten Massen ist Personenkult stets abgelehnt worden, wie immer sein Auftreten und seine Begründungen waren.



Lieber Genosse Vincze, ich bitte Sie, beiliegenden Brief, den ich an den Genossen Ilie Verdet adressiert und für die höchste Parteiführung bestimmt hatte, an die Mitglieder des Büros des Zentralkomitees weiterzuleiten. Es wäre sehr gut, wenn das Büro eine Diskussion über die im Brief zur Sprache gebrachten Probleme führen würde. So könnte man die tatsächliche Lage der höchsten Parteiführung in Erinnerung rufen, und sie würde vielleicht die notwendigen Vorkehrungen treffen.

(Fortsetzung Seite 11)

Im rumänischen Siebenbürgen leben annähernd zwei Millionen Ungarn oder Magyaren, um den ethnischen Ausdruck zu gebrauchen.

Normalerweise wirft man zwischen den Staaten des Warschauer Paktes keine Minderheitenprobleme auf. Weil dies der Fiktion des reibungslosen Zusammenlebens zuwiderliefe. Und weil man die Büchse der Pandora nicht öffnen will.

Deshalb war es keine Selbstverständlichkeit, als Gyula Illyes, der vielleicht bekannteste Schriftsteller des Landes, die Frage der ungarischen Minderheiten «im Ausland» öffentlich zur Sprache brachte («Magyar Nemzet», vom 24. Dezember 1977 und vom 1. Januar 1978). Ohne Nennung von Namen, aber unter Aufführung von Missständen. Ungarische Minderheiten haben die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Oesterreich. Die UdSSR und die CSSR durften natürlich nicht gemeint sein. Und Jugoslawien oder Oesterreich waren offensichtlich nicht gemeint, denn die Umschreibungen passten nur auf Rumänien, und das so genau als es ohne Namensnennung möglich war.

Gerade weil die Nationalitätenfrage im gegenseitigen Umgang der WP-Staaten üblicherweise ein Tabu ist, bedeutet ihr Aufwerten etwas. Und zunächst schon ganz konkret: grünes Licht für Moskau.



Dokument aus Siebenbürgen

(Fortsetzung von Seite 5)

Wir Angehörige der nationalen Minderheiten: Ungarn, Deutsche, Serben, Juden, Zigeuner usw. möchten mit dem rumänischen Volk, dem gegenüber wir Hochachtung empfinden, im Einvernehmen leben.

Ich persönlich habe zahlreiche rumänische Freunde und Verwandte. Auch mein Schwiegersohn ist ein Rumäne, und ich liebe ihn ebenso wie meine übrigen Verwandten und Freunde, mit denen ich Schulter an Schulter gemeinsam am Aufbau der neuen Gesellschaft arbeite. Ich schreibe Ihnen mit so viel Aufrichtigkeit und Courage, weil ich die Entwicklung, die Erstarbung und das Gedeihen unseres gemeinsamen Vaterlandes herbeiwünsche. Ich bin nämlich überzeugt, dass es sich um unsere gemeinsame Sache handelt. Die kritische Prüfung und Analyse der negativen Erscheinungen ist ebenfalls unsere gemeinsame Aufgabe, ob es sich um Erscheinungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Natur handelt oder um solche, die auf das Zusammenleben von Werktätigen verschiedener Nationalitäten zurückzuführen sind. Es wäre aber bedauerlich, wenn alles zusammenbrechen würde, was wir — sowohl Rumänen als auch die Angehörigen nationaler Minderheiten — in gemeinsamer Arbeit und im engsten Einvernehmen aufgebaut haben. Dieses Land ist ja die gemeinsame Heimat von uns allen, und wir lieben diese Heimat wie man eine gute Mutter liebt. Wir dürfen es nicht zulassen, dass sie sich nur einem einzigen ihrer Kinder gegenüber —



Der namhafteste Sympathisant mit dem Protest von Karoly Kiraly ist der ehemalige Ministerpräsident Ion Gheorghe Maurer.

Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weiß sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Marktgasse 42, 3011 Bern
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

gleich welcher Nationalität — als Stiefmutter verhält.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Karoly Kiraly

Soweit der Brief und sein Begleitschreiben. Das Aufbegehren von Karoly Kiraly hat deshalb besonderes Gewicht, weil es nicht aus den Rängen der unterdrückten und ohnmächtigen Opposition stammt, sondern gehobene Parteikreise vertritt und entsprechende Unterstützung findet.

Der 47jährige Kiraly selbst gehörte zwischen 1968 und 1972 als alternierendes Mitglied der obersten Parteiführung an, dem Politischen Exekutivkomitee, das dem Politbüro oder Parteipräsidium in andern Ländern entspricht. Heute ist er immer noch Abgeordneter in der Nationalversammlung und Vizepräsident des Ungarischen Nationalrates, der offiziellen Vertretung der magyarischen Minderheit.

Aber noch mehr ins Gewicht fällt, dass seine Aktion offenbar nicht isoliert ist. Kiraly beruft sich auf die «aktive Unterstützung» repräsentativer Persönlichkeiten aus Politik und Kultur. Die prominentesten davon sind der frühere Ministerpräsident Ion Gheorghe Maurer, der gegenwärtige stellvertretende Ministerpräsident Janos Fazekas, der als Mitglied des Politischen Exekutivkomitees dem höchsten Parteigremium angehört, und der Vizepräsident der rumänischen Nationalversammlung, György Puskas.

Neben Fazekas und Puskas sollen noch weitere Führungskräfte der ungarischen Minderheit hinter Kiraly stehen, so Mitglieder des Zentralkomitees, Schriftsteller, ein Spitaldirektor und zwei Redaktoren ungarischsprachiger Publikationen. Angaben über seine Aktion und ihren Widerhall konnte Kiraly am 1. März vor Vertretern der westlichen Presse machen, die er in der siebenbürgischen Kleinstadt Caransebes empfing, die man ihm als Aufenthaltsort zugewiesen hat. Noch nimmt man Rücksicht auf seine Stellung. Erst hatte man ihn nach Buzau in der Nähe der Grenze zur Sowjetunion verbannen wollen, aber er war anscheinend in der Lage, das abzulehnen und das westrumänische Caransebes zu bevorzugen, woher seine Frau stammt. Und dort hat

man ihm immerhin in einer Möbelfabrik den Posten eines Direktors angeboten.

Allerdings scheinen ihm die Annehmlichkeiten eines zurückgezogenen Lebens nicht garantiert zu sein, wenn er seine Kampagne für die Rechte der ungarischen Minderheit weiterführt, was er offensichtlich beabsichtigt. Man hatte ihm in Bukarest mit Parteiausschluss und Gerichtsverfahren gedroht, wenn er seinen Protest nicht zurückziehe. Wie weit man jetzt gehen wird, hängt wohl davon ab, ob ihn seine «höheren» Sympathisanten weiterhin unterstützen können oder wollen.

Auf jeden Fall scheint die Polizei entschlossen, bei der gewöhnlichen Bevölkerung durchzugreifen und die Breitenwirkung der Proteste zu bekämpfen. Kiralys Brief zirkulierte in Tirgu Mures in Hunderten von Exemplaren unter der Bevölkerung, spielte also gleichzeitig die Rolle einer Samisdat-Veröffentlichung.

In einer Grossaktion, an der rund 1000 Mann beteiligt waren, suchte der Sicherheitsdienst die Kopien ausfindig zu machen und zu konfiszieren. Ebenso suchte man die Abschriften anderer Briefe einzutreiben, die Kiraly an verschiedene politische Persönlichkeiten des Landes gerichtet hatte. Die polizeilichen Massnahmen umfassten bewaffnete Patrouillengänge in der Stadt, zahlreiche Hausdurchsuchungen, Verhöre und vorläufige Festnahmen.

Kiraly nennt diese Aktion, die abgeschwächt sowohl in Tirgu Mures selbst als auch im übrigen Siebenbürgen weitergeht, «präzedenzlos in der 33jährigen Geschichte des sozialistischen Rumäniens». Was das angeht: Nach dem ungarischen Aufstand von 1956 waren die Verfolgungen unter der magyarischen Minderheit bedeutend schlimmer, aber das haben höhere Persönlichkeiten, die damals auf der «richtigen» Seite standen, wohl nicht mehr so lebhaft in Erinnerung.

Immerhin: In ihren heutigen Verknüpfungen enthält die Auseinandersetzung um die ungarische Minderheit in Rumänien tatsächlich präzedenzlose Elemente. Darüber hinaus aber kann sie Anknüpfungspunkt zu zwischenstaatlicher Einmischung werden, die nicht den diskriminierten Magyaren in Rumänien zugute käme, sondern letztlich nur der sowjetischen Ordnungsmacht. ■

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch
Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

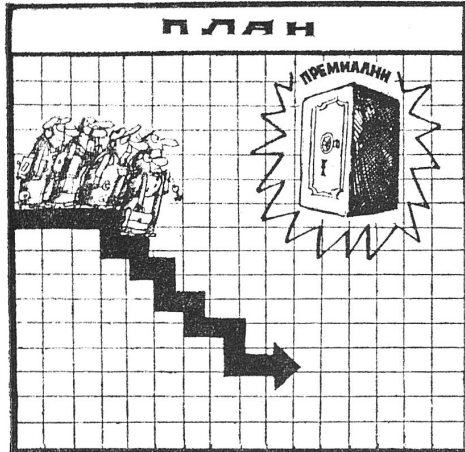
Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

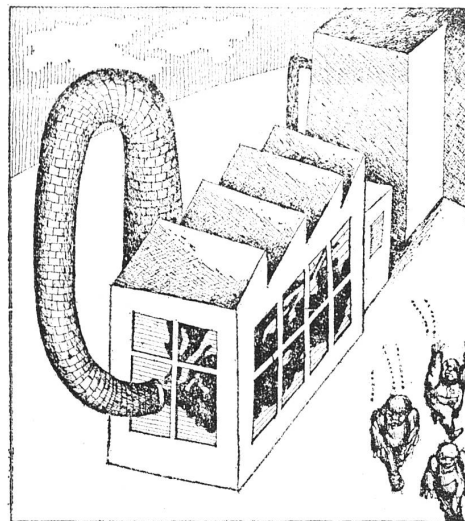
Abonnementspreise
Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-
(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)
Einzelnnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

«Starschel», Sofia

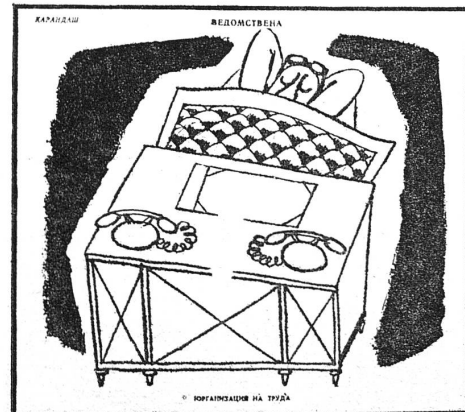
Zeichnungs-
berechtigtes



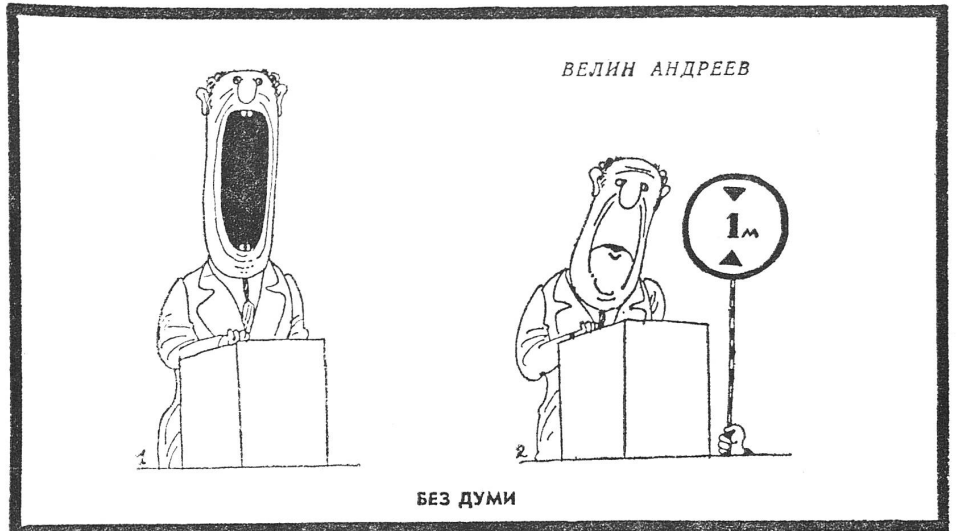
Planerfüllung und Prämie. (27. 1. 1978)



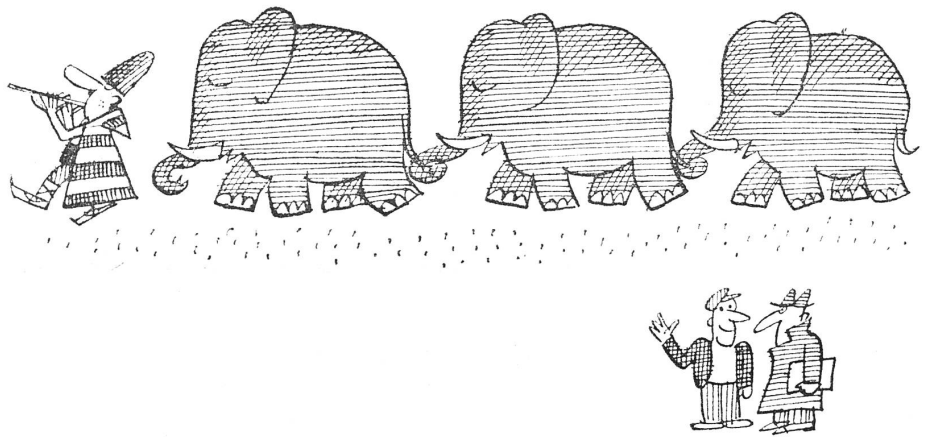
Umweltschutz. (27. 1. 1978)



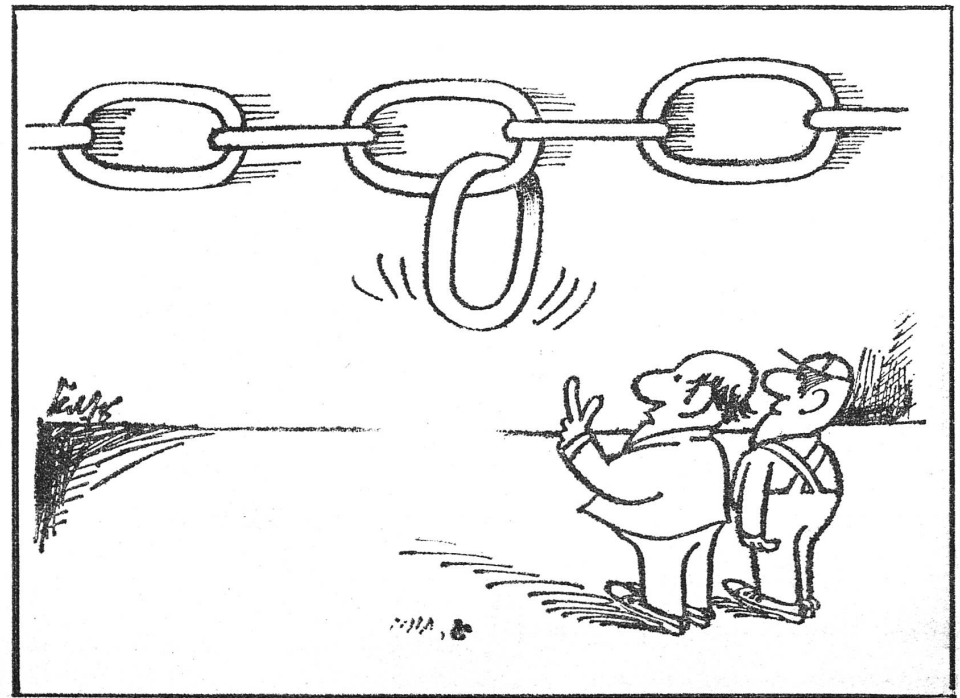
Behördliche Organisation der Arbeit. (18. 1. 1978)



Verkehrsanweisung für Redner. (27. 1. 1978)



So kann man den Plan für Fleischproduktion mit einem einzigen Hirten erfüllen. (20. 1. 1978)



«Sicher ist das überflüssig. Aber wenn ich es wegnehme, zerreisst die Kette.» (3. 2. 1978)